

Wenn die Helfer Hilfe brauchen

Von Holger Köster



Holger Köster

Geschäftsführer der HERSA-Unternehmensgruppe und Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaftsschutz im BDSW

2022 waren in deutschen Krankenhäusern fast eine Million Mitarbeiter beschäftigt. Krankenhäuser sind also nicht nur unverzichtbare medizinische Einrichtungen, sondern auch ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Faktor. Dass Beschäftigte, die sich in diesen Einrichtungen mit ihrer ganzen Kraft der Erhaltung des Lebens und der Gesundheit ihrer Mitmenschen widmen, dabei selbst um ihre Unversehrtheit fürchten müssen, macht oft sprachlos und manchmal auch sehr wütend.

Die Zahl der Übergriffe gegen das medizinische Personal in Krankenhäusern – vordringlich gegen jene, die in den Notaufnahmestationen ihren Dienst versehen – steigt stetig. Hier manifestiert sich eine zunehmende Verrohung, deren Analyse eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist: Sie bedroht die Gesundheit von uns allen. Und der Bogen dieser Bedrohung muss noch weiter gespannt werden. Seit Jahren beunruhigen Meldungen, dass auch Helfer wie zum Beispiel Rettungssanitäter während ihrer wichtigen Einsätze bisweilen physisch attackiert werden. Psychologen und Soziologen bemühen sich um

Erklärungen. Für einen Teil der – nennen wir sie vorsichtig – Störer, sei, so sagen diese Fachleute, vielleicht eine generelle Abneigung gegen Uniformen ausschlaggebend. Nicht überall auf der Welt habe zum Beispiel die Feuerwehr ein hohes Ansehen. Der „Deutschlandfunk“ meinte zu diesem Thema Anfang vergangenen Jahres: „Ein Großteil der Randalierer hatte einen Migrationshintergrund.“ Außerdem seien sensationsgierige Gaffer und Social-Media-Aktivisten an Konflikten mit Rettungskräften nicht unbeteiligt. Likes, Followerzahlen und Ähnliches seien – wie es dort heißt – die „Währung eines unreflektierten digitalen Narzissmus.“

Wie dem auch sei, im Moment der Rettung, der medizinischen Hilfe, können keine therapeutischen Gespräche geführt werden. Beim Schutz und der Rettung von Menschenleben gelten nicht nur für die Einsatzfahrten Sonderrechte. Diesen muss ohne Abstriche Geltung verschafft werden.

Ihr
Holger Köster



Bild: Tung Nguyen/pixabay.com

Wachsende Gewalt gegen Klinikpersonal

Krankenhäuser brauchen qualifizierte Sicherheitspartner.

Von Peter Niggel

Dem Gesundheitswesen wird in der Kritischen Infrastruktur ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Aus gutem Grund. Rund 17 Millionen Patienten wurden im Jahr 2022 in deutschen Krankenhäusern behandelt. Daraus lässt sich ablesen, was der Ausfall oder die Beeinträchtigung der medizinischen Versorgung für die Menschen in diesem Land bedeuten kann. Dabei ist eine Beeinträchtigung keinesfalls nur als plötzlich eintretender Schadensfall denkbar, auch schleichende Prozesse können verheerende Auswirkungen nach sich ziehen. Im Jahr 2022 gab es zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen fast 1.600 Fälle von Gewalt, Körperverletzung und Raub in medizinischen Einrichtungen. Dies hat eine Anfrage des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ beim Landeskriminalamt (LKA) ergeben, die im Frühsommer dieses Jahres veröffentlicht wurde. „Der Ton wird unabhängig von Alter, Geschlecht oder Ethnie rauer“, sagte eine Sprecherin des Kreiskrankenhauses Rotenburg an der Fulda im vergangenen Jahr in der „Hessenschau“.

Auch aus anderen Bundesländern wird ein Anstieg bei Gewalttaten gegen Krankenhausbeschäftigte gemeldet. Die Gewalt gehe dabei vor allen Dingen von Patienten, vielfach aber auch von Angehörigen aus. Auslöser seien häufig als zu lang empfundene Wartezeiten, dies berichtete die „ÄrzteZeitung“ Anfang des Jahres. In einer von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) im April veröffentlichten Umfrage wird festgestellt: „Die Hälfte der Kliniken nennt die Notaufnahme als besonders von Übergriffen belasteten Bereich.“ Die Gewalt gegenüber Beschäftigten hätten schwerwiegende Folgen für die Kliniken. 24 Prozent von ihnen nannten sogar Kündigungen infolge von Übergriffen. Selbst wenn ein Konflikt ohne physische Gewalt beigelegt werden kann, beeinträchtigt er die – meist unter großem Zeitdruck ablaufende – Versorgung anderer Patienten. Die DKG nimmt zu dem Problem unmissverständlich Stellung: „Neben kurz- und mittelfristigen Personalausfällen kündigen Klinikbeschäftigte und wechseln komplett ihren Beruf. Wir fordern eine konsequente Verfolgung der Straftaten und vor allem eine gesellschaftliche Debatte und politisches Handeln über zunehmende Gewalt, soziale Schief lagen und sinkende Hemmschwellen.“

Gewalt in Krankenhäusern ist jedoch nur ein Punkt in der breiten Palette von Gefahren, die das Gesundheitswesen belasten. Ein weiterer, sehr schwerwiegender Aspekt ist die Belastung durch Diebstähle. Die Zahl der Diebstähle in Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen ist 2023 im Vergleich zu 2022 um fast ein Fünftel gestiegen. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 4.254 Fälle angezeigt, ein Anstieg von 17,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, so das NRW-Landeskriminalamt. „Dass in Krankenhäusern Gegenstände gestohlen werden, lässt sich trotz umfassender Sicherheitsvorkehrungen leider nicht gänzlich vermeiden“, fasste etwa die Sprecherin des Universitätsklinikums Jena, Annett Lott, die Lage zusammen, wie „Zeit-online“ im



Peter Niggel

Freier Journalist. Er beschäftigt sich seit Jahren mit Fragen der privaten Sicherheit.



Bild: Pete Linforth/pixabay.com

März dieses Jahres berichtete. Die Sprecherin brachte dabei die Herausforderungen für die Krankenhäuser auf den Punkt: Der Umgang mit Diebstählen sei ein Spagat zwischen Offenheit und Sicherheit.

Tobias Berse, kaufmännischer Direktor bei den Alexianern, die unter anderem 29 Krankenhäuser betreiben, konstatierte gegenüber den „Westfälischen Nachrichten“: „Wir merken, dass die Diebstähle dreister werden.“ Wie er feststellte, kämen die Diebe immer seltener im Dunkeln, heimlich

und getarnt, sondern marschierten bisweilen wie selbstverständlich über die Flure, um wenig verdächtig zu wirken. Deshalb sei das Pflegepersonal sensibilisiert und behalte im Blick, wer zu wem gehört. Dennoch scheinen die Langfinger Konjunktur zu haben. Am Universitätsklinikum Münster wurden 2023 zwölf Fälle von Diebstahl gemeldet – Mitte Juli dieses Jahres waren es bereits 21.

wertige medizinische Geräte zu stehlen. Sie hatten nach Überzeugung des Gerichts vor allem endoskopische Geräte aus Krankenhäusern gestohlen und nach Kolumbien geschickt. Die Schadenssumme lag pro Klinik zwischen 400.000 und 500.000 Euro, in einem Fall belief sich der Wert der Beute sogar auf eine Million Euro.

Dass sich in den Folgejahren die Zahl dieser Diebstähle reduzierte, lag im Wesentlichen an der Coronapandemie, die dazu führte, dass der Zugang zu Krankenhäusern erheblich eingeschränkt worden war.

Weit dramatischer sind jedoch die „unsichtbaren“ Gefahren, die den Krankenhäusern und Kliniken drohen – die Cyberangriffe. „Immer mehr Hackerangriffe auf Kliniken“, titelte der SWR Anfang dieses Jahres. Und stellte dann die Frage: „Sind unsere Daten noch sicher?“

In dem Beitrag, der sich mit Cyberangriffen auf Kliniken im Südwesten Deutschlands beschäftigte, wird bestätigt, dass auch die SLK-Kliniken in Heil-

bronn „bereits Ziel solcher Cyberangriffe“ wurden. So sei beispielsweise schon mehrfach versucht worden, „Krankenhausdaten abzugreifen“, wie ein Kliniksprecher dem Sender erklärte.

Unschwer sind zwei hauptsächliche Gefahrenstränge erkennbar, die sich aus Cyberangriffen ergeben: Das sind zum einen ausgespähte Patientendaten, mit denen die Kliniken, aber auch die betroffenen Kranken erpresst oder die zu anderen Zwecken missbraucht werden können. Zum anderen kann sich die Cyberkriminellen durch einen erfolgreichen Hackerangriff Zugriff auf die Abläufe in die Klinik verschaffen, Operationen stören oder unmöglich machen bzw. den gesamten Krankenhausbetrieb lahmlegen.

Wenn ein Angreifer sich der Klinik-IT bemächtigt, kann er im schlimmsten Falle sogar den Tod eines Menschen bewusst herbeiführen. Die Digitalisierung hat längst dazu geführt, dass alle wichtigen Daten für einen Patienten (besonders kritisch bei Operationen) digital erfasst und bei einer OP abgerufen werden

Bild: ar130405/pixabay.com



In den meisten Fällen, so berichtete die Deutsche Presse-Agentur, entwenden die Langfinger aus Kranken- oder Stationszimmern oder auch vom Klinikgelände Geld, Ausweispapiere, Handys, Fahrräder und Schmuck. Darüber hinaus jedoch gibt es laut Landeskriminalamt Schleswig-Holstein auf den Diebstahl hochwertiger medizinischer Geräte spezialisierte „reisende Tätergruppierungen“. Ende des Jahres 2020 wurden vom Landgericht Hannover drei Männer und zwei Frauen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Die zwischen 21 und 55 Jahre alten Täter gehörten zu einer international agierenden Bande, die sich darauf spezialisiert hatte, hoch-



Bild: fernando zhiminatcela/pixabay.com

können. Manipulationen dieser Daten können dann letale Folgen haben.

Tödliche Folgen können auch Hackerangriffe mit erpresserischem Hintergrund haben, wie ein Fall an der Düsseldorfer Uniklinik zeigt. Im September 2020 waren durch einen Hackerangriff 30 Server des Klinikums verschlüsselt worden. Die Hacker erwiesen sich als Erpresser und forderten eine Kontaktaufnahme. Als bekannt wurde, dass eine Patientin wegen des Ausfalls der IT in ein Wuppertaler Krankenhaus umgeleitet werden musste und an den Folgen daran verstarb, brachen die Erpresser den Kontakt ab.

Die angespannte Sicherheitslage in Krankenhäusern veranlasst bereits einige Klinikleitungen, auf die Hilfe von privaten Sicherheitsdiensten zurückzugreifen. Bislang ein nicht unkompliziertes Thema. Nachdem im Jahr 2019 im Hamburger Universitätsklinikum ein Mann nach einem Einsatz des Wachpersonals starb, titelte die Zeitung „Welt“ bezogen auf die Qualifikation privater Sicherheitskräfte: „Ein großer Teil des Personals ist für die Aufgaben nicht ausgebildet.“

Die Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienste und Wohlfahrtspflege (BGW) sieht den Einsatz privater Sicherheitsdienstleister als Unterstützung des medizinischen Personals positiv, mahnt aber gewisse Voraussetzungen an: „Gerade in Einrichtungen des Gesundheitsdienstes ist es wichtig, dass die dort eingesetzten Sicherheitskräfte bestimmte persönliche und soziale Kompetenzen mitbringen.“ Diese seien jedoch nach Auffassung der BGW „nur zum Teil trainierbar“. Die BGW betont, ein „reiner Türsteher“, der sich nur durch „eine stabile, muskulöse Statur, nicht aber die nötige Sozialkompetenz auszeichnet“, komme nicht infrage. Genauso wenig jemand, der durch das Tragen einer Uniform mehr Geltung und Ansehen erzielen möchte und dann, wenn dieses Bedürfnis nicht erfüllt wird, leicht aus der Fassung gerate. Der Sicherheitsdienst im Krankenhaus sollte daher einer gründlichen Personalauswahl unterzogen sein. „Der Einsatz eines professionellen Sicherheitsdienstes kann also dazu beitragen, den vielschichtigen Sicherheitsaufgaben eines Krankenhauses gerecht zu werden ...“

Analysen und Hilfestellungen zum Wirtschaftsschutz

Von Rechtsanwalt Dr. Berthold Stoppelkamp

Verfassungsschutzbericht 2023

Dieser weist auf hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe und Spionage, insbesondere durch das russische Regime sowie die extremistischen Bedrohungen durch Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus hin. Für das Jahr 2023 wurden insgesamt 39.433 Straftaten mit extremistischem Hintergrund ausgewiesen (2022: 35.452) – dies ist ein neuer Höchststand.

www.verfassungsschutz.de

DsiN-Sicherheitsindex 2024

Der diesjährige DsiN-Sicherheitsindex zur Sicherheitslage von Verbrauchern und Verbraucherinnen im Internet erreicht mit 55,7 Punkten den tiefsten Stand seit Beginn seiner Erhebung im Jahre 2014. Ursächlich dafür sind die drastisch gestiegenen Sicherheitsvorfälle. Der Index zeigt einen Zuwachs um 10 Prozent auf 61,2 Punkte an (+ 6,6 Punkte).

www.sicher-im-netz.de

BSI-Handbuch Management von Cyberrisiken

Die Inhalte des Handbuchs und der Toolbox sind nicht ausschließlich für börsennotierte Unternehmen relevant. Auch mittelständische Unternehmen sowie andere Organisationen, wie Vereine, Kammern etc., können die dargestellten Grundprinzipien als Leitfaden für die Bewertung von Cyberrisiken und dem verantwortungsvollen Umgang mit diesen nutzen.

www.allianz-fuer-cybersicherheit.de

Umsetzungsplan der Deutschen Resilienzstrategie

Das BBK hat über 70 Maßnahmen zu dem am 15. Juli 2024 vorgestellten Umsetzungsplan beigetragen. Die Verknüpfung des Bevölkerungsschutzes und der zivilen Verteidigung mit dem Risiko- und Krisenmanagement aller Ressorts schafft eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen und robusten Gesellschaft.

www.bbk.bund.de



RA Dr. Berthold Stoppelkamp

zuständiges Geschäftsführungsmitglied für den Fachausschuss Wirtschaftsschutz im BDSW